

Inhalt:

Ein Rückblick aufs
Jahr 2009:

- ⇒ Oury Jalloh
- ⇒ Landesaktionsplan
gegen Rassismus
- ⇒ Judith Butler
- ⇒ KFN
- ⇒ Sarrazin
- ⇒ Aufenthaltskarte für
Dritstaatler/innen
- ⇒ Rassistischer Mord
- ⇒ Deutschenfeindlichkeit
- ⇒ Hartz IV
- ⇒ ÖBS
- ⇒ Vorstand des MRBB
- ⇒ „Multikulti ist tot“
- ⇒ Brandanschläge auf
Moscheen
- ⇒ Deutsche Zustände
- ⇒ Partizipations- und
Integrationsgesetz

Newsletter des Migrationsrats Berlin-Brandenburg

Ein Rückblick auf das Jahr 2010

Oury Jalloh

„Eigentlich sollte das Revisionsverfahren am 25. Oktober 2010 am Landgericht in Magdeburg beginnen. Die Verhandlung wurde nun wegen Krankheit des angeklagten Polizeibeamten Andreas Schubert auf Januar 2011 verschoben. Durch diese Verzögerungstaktik, in dessen Rahmen der Polizist Schubert nicht zum ersten Mal krank erklärt wurde, soll wertvolle Zeit für die Wahrheitsfindung verstreichen und sollen all diejenigen, die gegen rassistisch motivierte Staatsgewalt kämpfen, müde gemacht werden.“

(<http://initiativeouryjalloh.wordpress.com>)

Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung

Beschlussvorlage des Migrationsrats Berlin Brandenburg e.V. im Berliner Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen am 20.09.2010 (Auszug):

Der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen beschließt, dass der zum jetzigen Zeitpunkt vorliegende Maßnahmenkatalog zum Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR) als Ergebnis der ersten Phase des Erstellungsprozesses anzusehen ist.

Von den 380 Empfehlungen, die von zivilgesellschaftlicher Seite geäußert wurden, ist lediglich ein verschwindend geringer Teil in den Maßnahmenkatalog aufgenommen worden. So lehnen einige

Senatsverwaltungen sämtliche Empfehlungen von Seiten der Zivilgesellschaft ab. (...) Der MRBB beantragt die Einrichtung einer AG, um die Empfehlungen angemessen zu diskutieren und die Ablehnungen je Senatsverwaltung zu prüfen.

(http://mrbb.de/dokumente/pressemitteilungen/Beschlussvorlage%20zum%20LAPgR_20092010.pdf)

Judith Butler lehnt Zivilcourage Preis ab

Judith Butler, Philosophin und Geschlechterforscherin, hat am 9.06.10 den Zivilcouragepreis des CSD Berlin e.V. abgelehnt. In ihrer Ablehnungsrede würdigte sie die Arbeit von Queers of Color, darunter auch Queer-Organisationen, die Mitglied des MRBB sind. Dies löste eine Debatte über Homonationalismus aus, wonach Homo-, Bi-, Lesbisch-, Trans-, Queer-Leute, die ethnisch Teil der Mehrheitsgesellschaft sind, instrumentalisiert werden, um migrantische Gruppen und People of Color zu diskreditieren. (Vgl. Leben nach Migration, 6)

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen

Im Bericht des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) zur bundesweiten Schüler/innenbefragung werden für People of Color – das KFN nennt sie „nicht-deutsche Jugendliche“ – entlang ihrer Religionszugehörig-



Karikatur: Hayati

keit/Grad an Religiosität gesonderte Befunde konstruiert und die muslimische Religionszugehörigkeit/ der Grad an muslimischer Religiosität wird unter systematischer Negierung gesellschaftlicher und biographischer Strukturmerkmale als ursächlich für schlechte Integration und Gewalttätigkeit behauptet. Die Berliner Senatsverwaltung für Bildung und Wissenschaft, die Landeskommission gegen Gewalt (Senatsverwaltung für Inneres und Sport) und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung haben wider aller laut gewordenen Stimmen, die der „Pfeiffer Studie“ rassistische Implikationen und methodische Mängel vorwerfen und trotz gegenteiliger Forschungen und unnötiger Ausgaben für die Berliner Bürger/innen von ihrem Vorhaben nicht abgerückt und eine neuerliche berlinweite Studie beim KFN in Auftrag gegeben. (Vgl. Leben nach Migration, 8)

Thilo Sarrazin

Im August 2010 kommt es nach der Ankündigung des Buches „Deutschland schafft sich ab“ zu einer erneuten Medienkontroverse. Am 25. August hat der MRBB in einem offenen Brief gegen die Lesung Sarrazins im Haus der Kulturen der Welt (HKW) im Rahmen des Internationalen Literaturfestivals protestiert. Am 26. August entzog das HKW Sarrazin die Bühne für seine rassistische Hetze. Am 30. August 2010 erscheint sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ in der Deutschen Verlags Anstalt und wird bei der Bundespressekonferenz von Necla Kelek vorgestellt.

Nach der Kontroverse, die Sarrazin auslöst, vor allem nach seinem Rückgriff auf biologistisch-rassistische Ansätze, beantragt der Bundesbankpräsident seine Abberufung, sieht später aber davon ab, da Sarrazin nun selbst beim Bundesprä-

sidenten die Entbindung von seinem Amt mit erhöhter Pension und Wirkung ab Ende September 2010 erbittet. (Vgl. Leben nach Migration, 8) Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Islamfeindlichkeit in Deutschland seit der Debatte um Sarrazin zugenommen. (Vgl. Leben nach Migration, 9).

Aufenthaltskarte für Drittstaatler/innen

Ohne nennenswerte öffentliche Diskussion, ohne dass es die meisten Bürger/innen überhaupt mitbekämen, wurde eine „Aufenthaltskarte“ für Drittstaatler/innen von der EU beschlossen: Wer keinen deutschen Pass besitzt, muss ab seinem sechsten Lebensjahr, so die Pläne des Innenministers de Maizière, dazu verpflichtet werden bei der Ausländerbehörde seinen Fingerabdruck auf eine Aufenthaltskarte setzen zu lassen. Ca. 4.3 Millionen Drittstaatler/innen, also Nicht-EU-Bürger/innen, sind davon betroffen. „Illegale Einwanderung“ und „illegale Aufenthalte“ sollen, laut Welt Zeitung, auf diese Weise besser „bekämpft“ werden. (Vgl. Leben nach Migration, 9)

In Berlin wird die Software für die Chip-Karte getestet. Beteiligt sind die Senatsverwaltung für Inneres und Sport und die Ausländerbehörde.

Rassistischer Mord

Am frühen Morgen des 24. Oktober wurde der 19-jährige Iraker Kamal K. am Leipziger Hauptbahnhof erstochen. „Einer der beiden mutmaßlichen Täter, Daniel K., war bis vor Antritt einer 3-jährigen Gefängnisstrafe im Jahr 2007 fester Be-



standteil der Neonaziszene in Nordrhein-Westfalen. Während seiner Haft in Waldheim wurde er von der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ betreut. Im selben Gefängnis saß auch der mutmaßliche zweite Täter Marcus E. Bei diesem wurde das Messer gefunden, mit dem Kamal erstochen wurde.“

(<http://de.indymedia.org/2010/12/295576.shtml>)

Seit 1990 sind in Deutschland, laut DIE ZEIT, 137 Menschen wegen rechtsextremer Gewalt gestorben.

Die sog. Deutschenfeindlichkeit

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder bekommt für ihre rassistische Rede von „Deutschenfeindlichkeit“ die Aufmerksamkeit der Medien. Der Begriff stammt aus der Petition einer rechtspopulistischen Wählervereinigung BÜRGER IN WUT aus dem Februar 2008, um „deutschenfeindliche Äußerungen“ als Volksverhetzung ahnden zu lassen. Angewandt auf Deutsche of Color oder mit muslimischem Hintergrund ist die Verwendung des Begriffs rassistisch, weil damit die Zugehörigkeit dieser Menschen negiert wird. Bei den Kindern aus migrantischen Familien handelt es sich zu großen Teilen um Deutsche. (Vgl. Leben nach Migration, 10).

Hartz IV

Anfang des Jahres traten Politiker/innen eine Diskussion über die Hartz IV Regelsätze los. Westerwelle nannte die Hartz IV-Sätze eine „Einladung zu spätrömischer Dekadenz“. Das Bundesverfassungsgericht urteilte am 9. Februar, dass die Regelsätze für Kinder zu niedrig liegen. Laut der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Maria Böhmer ist es in hohem Maße relevant für migrantische Familien. Georg Classen vom Flüchtlingsrat Berlin fordert, dass die Beträge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ü-

berprüft werden. Denn auch diese seien völlig willkürlich festgesetzt, seit 1993 nicht an die Preisentwicklung angepasst und lägen weit unterhalb eines menschenwürdigen Existenzminimums. „Das Asylbewerberleistungsgesetz führt zu staatlicher Mangelversorgung und einem bewussten Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe. (Vgl. Leben nach Migration, 2)

Vorstand des MRBB

Ende April wurde im Rathaus Schöneberg der neue Vorstand des MRBB gewählt

Nuran Yiğit, Sanchita Basu, Florence Sisako, Coşar Karadaş, André Degbeon, Pavao Hudik, Knollys Mwanyongo.

Ersatzmitglieder: Claudia Hahn, Ali Süsem, Dilek Mansuroğlu

(Vgl. Leben nach Migration, 4)

ÖBS

Dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) drohen starke Restriktionen. Damit auch der Bürgerarbeit im Allgemeinen. Auch Migrant/innen-Selbstorganisationen sind davon sehr stark betroffen. Im Moment arbeiten über 7500 Menschen in diesem Sektor in folgenden Handlungsfeldern:

Neue Perspektiven einer älter werdenden Gesellschaft z.B. durch Stärkung der Mobilität der Einzelnen erreichen, Sicherstellung des Abbaus von Barrieren oder die Ausweitung von Serviceangeboten für Senior/innen, Stärkung des sozialen Zusammenhalts (Nachbarschaftsarbeit, soziale Infrastruktur), Integration von Migrant/innen und Mehrheitsgesellschaft.

Durch die Streichung dieser Stellen werden vor allem Vereinen und der so genannten Kulturarbeit die „human resources“ abgekappt. Arbeitsfähige Personen werden wieder in die Hartz-Spirale verdrängt. (Vgl. Leben nach Migration, 5)



Judith Butler



Marianne Ballé Moudoumbou



(www.mitmischen.de)

Migrationsrat Berlin-Brandenburg

Oranienstr. 34
10999 Berlin

TELEFON:
030 / 61658755

FAX:
030 / 61658756

E-MAIL:
presse@mrbb.de

Herausgeber: MRBB

Redaktion:
Deniz Utlu (du),
Elena Brandalise (eb)
Nuran Yiğit

*Texte können verwendet und ver-
vielfältigt werden, sofern die Quelle
angegeben ist.*

www.mrbb.de

Über den MRBB

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband mit 77 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessenvertretung von „Migrant/innen“ und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter erscheint monatlich und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator/innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder gibt es monatlich einen Redaktionstag, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können unverbindlich an presse@mrbb.de gesandt werden.

Multikulti ist tot

Am 16.10.2010 befand Bundeskanzlerin Merkel auf dem Deutschlandtag der Jungen Union, dass der Multikulti-Ansatz restlos gescheitert sei. Damit pflichtete sie dem CSU-Chef Horst Seehofer bei. Der hatte vorher auf der selben Tagung gesagt: „Multikulti ist tot“.

Wulff: „Der Islam gehört zu Deutschland“

In seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit sagte Bundespräsident Wulff, der Islam gehöre zu Deutschland.

Rundfunkrat

Marianne Ballé Moudoumbou ist die neugewählte Migrant/invertreter/in im Rundfunkrat (RBB). Sie vertritt ab dem 01. Januar alle Berliner/innen und Brandenburger/innen of Color und/ oder aus migrantischen Familien im Rundfunkrat. Sie wurde am 18.11.2010 von Migrant/innenorganisationen aus beiden Bundesländern im Berliner Rathaus gewählt.

Brandanschläge auf Moscheen

Brandanschlag auf die Neuköllner Sehitlik-Moschee am 19. November.

Brandanschlag auf die Al-Nur-Moschee in der Neuköllner Haberstraße am 28. November.

Deutsche Zustände: Islamfeindlichkeit und Antisemitismus

Am 03.12.2010 stellt der Soziologe Wilhelm Heitmeyer die neuesten Zahlen, der im neunten Jahr aktualisierten Studie „Zustände in Deutschland“. Ergebnis: Die Islamfeindlichkeit in Deutschland hat bedeutend zugenommen. Vor allem auch in den wohlhabenden Schichten und auch im linken Milieu. Laut Heitmeyer sind 20 Prozent der Wohlhabenden Islamfeindlich, 26 Prozent der Deutschen insgesamt möchte, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt wird. 49 Prozent der Deutschen ist der Meinung es gebe „zu viele Ausländer“ in Deutschland.

Was die Zahlen zum Antisemitismus angehen, benutzen bspw. 57 Prozent der Befragten Weltkriegsvokabular.

Auch im Vergleich zu Portugal, Dänemark, den Niederlanden und Frankreich ist sowohl der Antisemitismus als auch die Islamfeindlichkeit in Deutschland deutlich stärker vertreten.

(<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/das-buergetum-verroht/>)

Partizipations- und Integrationsgesetz

Das Partizipations- und Integrationsgesetz wird aller Voraussicht nach am 09.12.2010 verabschiedet. Die Verbände haben sich mit ihren Stellungnahmen inhaltlich am Prozess des Gesetzesentwurfes beteiligt. (Vgl. Leben nach Migration, 3)